

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/117

23. Juni 1977

Gesundheitspolitische Fachkonferenz in Wiesbaden

Zur Diskussion der gesundheitspolitischen Leitsätze

Von Dr. Friedrich Cremer Mdl

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten
im Gesundheitswesen (ASG)

Seite 1 und 2 / 96 Zeilen

Politiker als Gefangene eines Klischees ?

Nachdenken über den Zustand der Demokratie in der Bundes-
republik

Von Dieter Lattmann MdB

Seite 3 und 4 / 87 Zeilen

Lohnsteuer-Progression bremsen

Marschrichtung sozialdemokratischer Steuerpolitik

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hessengasse 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 180 498
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 28/28
Telex: 65 65 846-45 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Gesundheitspolitische Fachkonferenz in Wiesbaden

Zur Diskussion der gesundheitspolitischen Leitsätze

Von Dr. Friedrich Cremer MdL

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten
im Gesundheitswesen (ASG)

Vom 24. bis 26. Juni 1977 findet in Wiesbaden ein Gesundheitspolitischer Fachkongreß der SPD statt. Er wird seine zentrale Aufgabe in der Beratung der Gesundheitspolitischen Leitsätze der SPD haben. Die formell jetzt noch gültigen Gesundheitspolitischen Leitsätze stammen aus dem Jahre 1964 und wurden damals vom Karlsruher Parteitag verabschiedet. Sie sind mittlerweile nicht nur zum Teil inaktuell, ihre wesentlichen Forderungen sind mittlerweile durch sozialdemokratische Gesundheitspolitik seit 1966 erfüllt.

Nachdem die unter Vorsitz von Käthe Strobel erarbeitete Neufassung 1973 vom Hannoverschen Parteitag zur Überarbeitung zurückverwiesen wurden, hat eine von den Parteibezirken besetzte Gesundheitspolitische Kommission dem Mannheimer Parteitag 1975 eine aberwalige Neufassung vorgelegt.

Der Mannheimer Parteitag 1973 konnte aus zeitlichen Gründen den Leitsatzentwurf der Partei nicht mehr beraten. Er beschloß daher eine Gesundheitspolitische Fachkonferenz, die die Leitsätze beraten und zudem ein umfassendes mittelfristiges Sachprogramm zu erarbeiten hatte. Mit der Gesundheitspolitischen Fachkonferenz 1976 in Gelsenkirchen wurde der Auftrag, ein Sachprogramm zu entwickeln, erfüllt. Das Aktionsprogramm "Gesundheit 1976" wurde verabschiedet.

Die jetzt erstellten Leitsätze stehen auf der Wiesbadener Konferenz an. Durch diese vorgeschaltete Diskussion soll der thematisch überlastete Hamburger Parteitag im Herbst 1977 entlastet werden. Die in Wiesbaden erarbeiteten Voten und Empfehlungen werden dem Parteivorstand zugeleitet. Er wird sie als Hilfestellung bei der endgültigen Leitsatzverabschiedung in Hamburg nutzen können. Der wesentliche Grundgedanke der Gesundheitspolitischen Leitsätze ist der der Selbstverwaltung. Selbstverwaltung, das bisher schon geltende tragende Prinzip unseres Gesundheitswesens, erhält in den Leitsätzen eine neue Qualität.

Das vorliegende Konzept widerlegt eindeutig den Vorwurf gegen die Sozialdemokraten, sie wollten das Gesundheitswesen verstaatlichen. Genau das Umgekehrte ist richtig: Alle am Gesundheitswesen Beteiligten, die Versicherten, die im Gesundheitswesen Tätigen sowie die Gebietskörperschaften werden zusammen in ein Selbstverwaltungsgremium eingebunden. Unter staatlicher Normenvorgabe plant, finanziert und steuert diese Selbstverwaltung unser Gesundheitswesen. Diese Interessenzusammenbindung aller Beteiligten stärkt die Verantwortung.

Die Selbstverwaltung in der bisherigen Konstruktion war verbesserungsbedürftig, sie arbeitete nicht mit der erforderlichen Effektivität. Deshalb, wie erwähnt, die neue Qualität. Haupt-"Konstruktionsfehler" in der bisherigen Selbstverwaltung ist das nahezu institutionell programmierte Patt zwischen den Bänken der Krankenkassen und der Ärzteschaft, oder aber - innerhalb der reichgesetzlichen Krankenkassen - zwischen den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber. Eine Selbstverwaltung die innerhalb von Regionen das gesamte Gesundheitswesen plant und steuert, muß also, wenn sie alle Interessen wirksam einbinden soll, diese Pattsituation vermeiden. Der Vorschlag, die drei beteiligten Gruppen mit je einem

Drittel der Stimmen auszustatten, liegt daher auf der Hand.

Bei einer solchen Regelung bedarf es allerdings einer Schutzklausel, die verhindert, daß zwei der beteiligten Gruppen sich finanziell zu Lasten der dritten Gruppe zusammenschließen. Besonders den gesetzlichen Krankenkassen sollte daher ein Vetorecht zugestanden werden, mit dem alle Beschlüsse dieser Selbstverwaltung, die ihre Beitragssätze und Ausgaben betreffen, ihrer Zustimmung unterworfen werden.

Einer der Hauptmängel unseres Gesundheitswesens ist die fehlende Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Einzelsektoren. So besteht zwischen ambulantem und stationärem Versorgungssektor eine Trennungslinie, die weitgehend nicht überwunden werden kann. Dies provoziert kostentreibende Doppelarbeiten etwa in der Diagnostik. Es ist für den Patienten hinderlich und belastend, wenn eine durchgängige Therapierung nicht, oder nur unvollständig erfolgt. Zudem erfordert eine solche strikte Trennung teure Vorhaltung medizintechnischer Geräte sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich.

Eine Reform des Gesundheitswesens muß, wenn sie ursachenbezogen sein soll, diese festgeschriebenen Strukturen überwinden. Eine Integration der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens ist deshalb unverzichtbar. Sie ist auch Voraussetzung zu einer wirksamen Bekämpfung der Kostenexpansion.

Wesentliche Instrumente dieser Integration sind medizintechnische Zentren, medizinische Gemeindezentren und zentrale Informationssysteme. Gemeinsam von allen Teilbereichen des Gesundheitswesens zu nutzende technische Einrichtungen heben nicht nur dessen Effektivität und senken damit die Kosten, sie verbessern auch die Qualität der Versorgung der Patienten.

Zunächst einmal ist einsichtig, daß größere medizintechnische Einrichtungen die technische Befunderhebung wesentlich gründlicher und umfangreicher durchführen können, als viele, kleine Einzeleinheiten in den verschiedensten Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dies bezieht sich nicht nur auf die zur Verfügung stehenden Gerätschaften, sondern auch auf das dort speziell geschulte und erfahrene Fachpersonal.

Wenn die technische Befunderhebung in der Regel dort vorgenommen wird, so bedeutet dies weiter, daß der einzelne niedergelassene Arzt von einer Reihe technischer Leistungen entlastet wird. Er wird wieder mehr Zeit für das persönliche Gespräch mit seinem Patienten finden. Er wird zum Beispiel besser seine gesundheitserzieherischen Aufgaben wahrnehmen können. Er wird seine Diagnose durch bessere technische Basisdaten fundierter stellen können. Dies sind entscheidende Beiträge zur immer wieder geforderten "Humanisierung" der Medizin. Auch dies hebt die Qualität der Versorgung.

Alles dies macht deutlich, daß die Behauptung unrichtig ist, mit dem Einsatz medizintechnischer Zentren verlören die niedergelassenen Ärzte wichtige Aufgaben, würden letztlich gar überflüssig. Das genaue Gegenteil ist richtig. Der sinnvolle Einsatz medizintechnischer Zentren ist ohne ein gut funktionierendes System niedergelassener Ärzte und vor allem Hausärzte gar nicht möglich. Er hat sie vielmehr zur entscheidenden Voraussetzung.

Voraussetzung für eine gemeinsame Nutzung der medizintechnischen Einrichtungen durch die verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens ist die sinnvolle institutionelle und räumliche Zuordnung des medizintechnischen Zentrums zu einer vorhandenen Einrichtung. Es ist unbestritten, daß das Krankenhaus die teuerste Institution unseres Gesundheitswesens ist. Eine institutionelle Zuordnung des Zentrums zum Krankenhausbereich scheidet deshalb aus. Das medizintechnische Zentrum muß im ambulanten Bereich angesiedelt werden, das Krankenhaus muß auf vorwiegend therapeutische Aufgaben beschränkt werden.

Die Behauptung, hier würden Krankenhausambulatorien oder Polikliniken geschaffen, ist deshalb falsch.

Die kurze Auflistung einiger Probleme zeigt, wie umfangreich das Arbeitsprogramm der Wiesbadener Konferenz ist. Nur wenn es erfüllt wird, kann der Hamburger Parteitag wirklich entlastet werden.

(-/23.6.1977/ks/ben)

Politiker als Gefangene eines Klischees ?

Nachdenken über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik

Von Dieter Lattmann MdB

Die Bürger sind mit dem Zustand unserer parlamentarischen Demokratie, vor allem mit dem Zustand der in den Parlamenten von Bund und Ländern vertretenen Parteien in zunehmendem Maße unzufrieden, weil sie den Eindruck haben, daß sich die großen politischen Blöcke in einer ideologischen Dauerpolarisierung bis zur Bewegungslosigkeit gegenseitig häufig mattsetzen. Es droht nicht nur die Gefahr, sondern es wird real sichtbar, daß an immer mehr Orten, während die Parteien sich gegenseitig behindern, Demokratie durch Bürokratie ersetzt wird, also die Verwaltungen triumphieren.

Ich glaube, es ist eine Notwendigkeit für das Parlament namens Deutscher Bundestag, daß man begreift: Die wirkliche Situation der einzelnen Abgeordneten ist nicht bei jedem Thema und nicht generell deckungsgleich mit dem, was man das Profil einer Partei nennt. Wenn ich davon ausgehe, daß wir zwei große Schübe des Demokratieverlangens in der Bundesrepublik hatten, einmal in der Phase nach dem Krieg, also der Gründerphase dieses zweiten Versuchs, Demokratie in Deutschland heimisch zu machen, und dann ein zweites Mal, eine Generation später Ende der sechziger Jahre zur Zeit auch der außerparlamentarischen Opposition, dann warte ich auf den Augenblick, in dem eine Gruppe von Abgeordneten sich loyal gegenüber ihren Fraktionen, aber dennoch über deren Rahmen hinaus zusammenfindet in dem gebieterischen Anspruch an sich selbst, zu diesem demokratischen Elan zurückzukehren, oder genauer, eine Entsprechung für ihn angewandt auf das Jahr 1977 zu finden.

Sicherlich ist das nicht kurzfristig bei der Verwirklichung von Gesetzen und Beschlüssen möglich und machbar. Aber es gibt andere Themen, die tiefer gehen und wo sich nicht unmittelbar eine Abstimmungskonfrontation ergibt. Wenn wir das Gespräch neu eröffnen über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik, dann müßte es diese Gemeinsamkeiten doch geben können, jedenfalls gibt es sie zum Beispiel bei Abendgesprächen - gegenüberliegend zum Bundestag - in der Parlamentarischen Gesellschaft.

Es ist die Wahrheit, daß quer durch die Fraktionen einzelne Abgeordnete manchmal besser mit einzelnen Abgeordneten in einer anderen Fraktion reden können als mit manchen Leuten in ihrer eigenen Riege. Dies auszusprechen erfordert heute schon ein bißchen Unerschrockenheit, denn wir erleben es immer wieder im Plenum, daß dies Parlament auch nicht mehr in der Lage ist, gemeinsam zu klatschen.

Wenn ich von Gemeinsamkeiten spreche, denke ich in erster Linie an das Thema Menschenrechte. Ich denke, wir sollten begreifen, daß dieses nicht nur ein großer Appell im Zusammenhang mit der Schlußakte von Helsinki und der jetzt anlaufenden Belgrader Fortsetzungskonferenz ist, ein Appell nur von uns, als hätten wir das Monopol auf die Freiheit und die Grundrechte mit Forderungen an die unfreieren Länder, sondern daß die Verwirklichung der Menschenrechte neu und - ich sage es bedacht - radikal, also demokratisch grundsätzlich auch eine Forderung an uns selbst ist. Ich erwähne nur die Methode, wie in den Studiengängen, die auf den öffentlichen Dienst zulaufen,

in Überprüfungen und Einstellungsverfahren eine ganze junge Generation in den Mechanismus der Bespitzelung gebracht wurde. Wenn die Bundesrepublik im Wettbewerb der Demokratien bestehen will, müssen wir das wieder loswerden, und zwar schleunigst.

Natürlich gibt es auch hier die ideologische Konfrontation, wo eine Seite behauptet, sie habe alle Vorteile und alle Gemeinsamkeiten des Grundrechts und der Wahrheit gepachtet. Aber welcher Bürger im Lande weiß nicht, daß die Wahrheit auch in der Politik nicht schwarz-weiß oder schwarz-rot, sondern daß sie immer kompliziert und immer differenziert ist. Die totale Vereinfachung der Ideologen ist etwas, was Demokratie beschädigt. In diesem Zusammenhang sollte man ruhig aussprechen, daß die Ideologien nur die Prostituierten unter den Ideen sind.

Es gibt ein Klima der Erwartung bei sehr vielen Menschen in der Bundesrepublik, und zwar in allen Bevölkerungsgruppen ebenso wie in der Provinz wie in den Ballungsräumen, ein Klima der Erwartung, daß Politik und Politiker eine neue Sprache der wirklichen Offenheit im Umgang mit der Bevölkerung finden. Da kann man sehr wohl anspielen auf die Wirkung, die Präsident Carter in den Vereinigten Staaten hat. Ähnliches hätte auch bei uns eine Chance. Nur sind wir Bonner Politiker Gefangene eines Klischees. Wir behaupten immer, unsere Rolle sei es, unerschütterlich zu sein und alle Probleme lösen zu können. Wir haben nicht den Mut zuzugeben, daß es eine ganze Reihe von nicht lösbaren Problemen gibt - von der Arbeitsmarktstruktur bis zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftssituation in der Bundesrepublik den Ausbildungsproblemen der jungen Generation mit den starken Jahrgängen oder vorerst unlösbaren Fragen der Entsorgung von Atomkraftwerken.

Dies alles sind Gebiete, wo die Bevölkerung verstehen würde, wenn Spitzenpolitiker offen zugeben, wir haben die und die Schwierigkeiten. Wir stehen nicht vor Katastrophen, aber wir haben die Lösungen noch nicht. Solange man aber meint.- und ich spiele hier nicht polemisch auf den Bundeskanzler an - solange wir immer die Vorstellung haben, man müßte schwierige Zeiten managen wie Flutkatastrophen, haben wir ein Selbstbild, das eben den Typ des perfekten Politikers vorstellt. Der aber kann über solche Probleme nicht rückhaltlos offen mit der Bevölkerung reden.

Da gibt es im übrigen den Zynismus von Politikern, die meinen, daß ohnehin 75 bis 80 Prozent der Menschen nicht richtig durchschauten, wie die Hintergründe der Politik beschaffen sind, und davon ausgehend meinen sie dann schlichtweg autoritär, Politik verfügen zu sollen. Die Menschen aber wissen, daß man immer wieder in der Demokratie einen neuen moralischen Ansatz braucht und daß es hier wichtig ist, im Sinn einer Kulturrevolution, das heißt im Sinn einer Erneuerung der Kräfte, Verantwortung tragen, Demokratie von innen her zu bewegen, sie zu erfrischen und sie nicht im Proporzgerangel der großen gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte der Verbände und Parteien ersticken zu lassen. Das freilich gehört in der Auseinandersetzung um die Qualität unserer Demokratie zum Schwierigsten überhaupt.

(-/23.6.1977/vo-he/ca)

+ + +

Lohnsteuer-Progression bremsen

Marschrichtung sozialdemokratischer Steuerpolitik

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Noch während das Steuerpaket den wenig berechenbaren Entscheidungsprozessen im Bundesrat ausgesetzt ist, hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in eindringlichen Worten auf der Saarbrücker AfA-Bundeskongferenz die Marschlinie künftiger sozialdemokratischer Steuerpolitik gewiesen: Das Hineingleiten von immer mehr Arbeitnehmern in die Progressionszone der Lohnsteuer muß abgebremsst werden!

Nachdem man von Hans Apel in der Bundestagsfraktion und unter den SPD-Steuerexperten intern schon länger ähnliche Töne gehört hatte, war dies der öffentliche Startschuß einer neuen steuerpolitischen Diskussionsphase, die für die SPD mittelfristig größere Bedeutung haben wird, als die Auswirkungen des sogenannten Steuerpakets.

Die absehbare Entwicklung der Lohnsteuerbelastung läßt erwarten, daß CDU-Häfeles steuerpolitische Horrorschau a la Glistrup oder Poujade in der letzten Steuerdebatte kaum eine parlamentarische Eintagsfliege bleibt und bei Ausbleiben einer entscheidenden Korrektur der Lohnsteuerdynamik zunehmend Resonanz in der Hauptzielgruppe der sozialdemokratischen Wählerschaft finden könnte. Und dies völlig unabhängig von der tatsächlichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Steuerlastquote.

Zwar hat die letzte Steuerreform noch die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung von 16,6 Prozent im Jahre 1974 auf 14,3 Prozent im letzten Jahr gedrückt, aber das sozialdemokratische Pech dabei ist, daß bei den Arbeitnehmern weit mehr auf die psychologisch entscheidenden Grenzsteuersätze als auf die eigentlich ausschlaggebende Durchschnittssteuerbelastung geachtet wird. Und diese Grenzsteuerbelastung wird für viele in den nächsten Jahren kräftig anziehen. Das Gros der Arbeitnehmer wird aus der Proportionalzone (22 Prozent Lohnsteuer) in die Progressionszone mit steigender Grenzsteuerbelastung aufrücken, was auch die geplante Anhebung der Sonderausgaben - Höchstbeträge

im Rahmen des Steuerpakets - nicht verhindern kann. Nachdem von 1960 bis 1976 der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen von 11,8 Prozent auf 30,7 Prozent anstieg, würde ohne entscheidende Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs der Marsch in den Lohnsteuerstaat beschleunigt fortgesetzt.

Nun hat die Bundesregierung zu Jahresbeginn mit dem Tarifbericht nach Paragraph 56 EStG der Korrektur des gegenwärtigen Einkommensteuertarifs durch Überwechseln zu einem durchgehend progressiven Einkommenssteuertarif eine verbindliche Absage erteilt. Daneben läßt die Regierungserklärung von Helmut Schmidt als Koalitionsplattform jedoch Spielraum für andere Entlastungsalternativen. Der Bundeskanzler hat am 16. Dezember 1976 zwar über das Steuerpaket hinaus weitere Steuersenkungen ausgeschlossen, was aber logischerweise ein Abbremsen der programmiert überdurchschnittlich steigenden Lohnsteuerbelastung in den nächsten Jahren nicht ausschließt.

Spielvarianten für diese Diskussion gibt es in Hülle und Fülle - von der Verschiebung der Proportionalzone bei der Lohnsteuer bis zur Abflachung des Einstiegs in die Progressionszone bei 16 000 DM Jahreseinkommen. Dabei müßte letztere Lösung unter Beibehaltung der bisherigen Proportionalzone nur etwas beherzter an der Idee einer Grenzsteuersatz-Abflachung des Tarifmodells V im Tarifbericht (§ 56 EStG) ansetzen. Freibetragserhöhungen mögen ab und zu notwendig werden, können aber die anstehenden Progressionsprobleme nicht nachhaltig mildern.

Wie die Entlastungsmodelle auch ausfallen, sie können sicherlich nicht in CDU-Manier ohne Berücksichtigung der haushaltspolitischen Grenzen und Zwänge entworfen werden. Dies bedeutet einmal, daß jetzt ein Konzept entwickelt werden muß, das nur gegen Ende dieser Legislaturperiode realisiert werden kann, d.h. dann, wenn Entlastungen den Übergang unerträglich übersteigerter Progressionseffekte zu gemäßigter Progressionswirkungen mit einem immer noch deutlichen Wachstum der Lohnsteuereinnahmen bedeuten kann. Bis dahin bleibt es aber auch Aufgabe der sozialdemokratischen Steuerpolitik zusätzlich die längst fälligen Deckungsvorschläge auf der Ausgabenseite ernsthaft ins Spiel zu bringen: Von der Abschaffung der verteilungspolitisch vertretbaren und wirtschaftspolitisch überflüssigen § 6b, § 6c EStG (Begünstigung von Veräußerungsgewinnen) über den Wegfall der strukturpolitisch wirksamen Gewinnmitnahmen im Bereich regionaler Strukturpolitik und der unhaltbaren Steuerprivilegien einkommensstarker landwirtschaftlicher Betriebe, bis zum Abbau der Zuschüsse für Rationalisierungsinvestitionen die ohnehin - also auch ohne Bezuschussung über wettbewerbsspolitische Mechanismen - ausgelöst werden. (-/23.6.1977/kr/ca)